

Mehr als 1.000 Experten fordern

Degrowth als Post-COVID-19-Pfad: Neue Wurzeln für die Wirtschaft

Eine Vision für die Zukunft nach der Corona-Krise

Die Coronavirus-Pandemie hat bereits unzählige Menschenleben gefordert und es ist ungewiss, wie sie sich weiterentwickeln wird. Während die Beschäftigten im Gesundheitswesen und in den Bereichen der Grundversorgung gegen die Ausbreitung des Virus kämpfen, Kranke pflegen und die essenzielle Versorgung aufrechterhalten, ist ein großer Teil der Wirtschaft zum Erliegen gekommen. Während diese Situation für viele lähmend und schmerzhaft ist und Angst und Sorge um geliebte Menschen und Gemeinschaften hervorruft, ist dies auch ein Moment, um gemeinsam neue Ideen zu diskutieren.

Die durch das Coronavirus ausgelöste Krise hat bereits viele Schwächen des wachstumsbesessenen kapitalistischen Wirtschaftssystems offenbart: Unsicherheit für viele, durch jahrelange Sparmaßnahmen geschwächte Gesundheitssysteme und die mangelnde Wertschätzung für einige der gesellschaftlich grundlegendsten Berufsgruppen. Dieses System, das in der Ausbeutung von Mensch und Natur wurzelt und extrem krisenanfällig ist, wurde dennoch als „normal“ angesehen. Obwohl die Weltwirtschaft mehr produziert als je zuvor, funktioniert sie nicht im Sinne aller Menschen und des Planeten. Stattdessen wird Reichtum gehortet und die Erde verwüstet. Millionen von Kindern sterben jedes Jahr an vermeidbaren Ursachen, 820 Millionen Menschen sind unterernährt, die biologische Vielfalt und Ökosysteme werden zerstört und die Treibhausgase steigen immer weiter an, wodurch eine massive Klimakrise ausgelöst wird: Meeresspiegelanstieg, verheerende Stürme, Dürren und Brände, die ganze Regionen verschlingen.

Jahrzehntlang waren die dominanten Strategien gegen diese Übel, die wirtschaftliche Verteilung weitgehend den Marktkräften zu überlassen und die ökologische Zerstörung durch Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung sowie „Grünes Wachstum“ zu verringern. Dies hat nicht funktioniert. Wir haben jetzt die Gelegenheit, auf den Erfahrungen der Coronakrise aufzubauen: von neuen Formen der Zusammenarbeit und Solidarität, die aufgeblüht sind, bis hin zu einer umfassenden Wertschätzung essenzieller gesellschaftlicher Leistungen wie Gesundheits- und Pflegearbeit, Lebensmittelversorgung und Abfallentsorgung. Die Pandemie hat auch zu Regierungsmaßnahmen geführt, die in Friedenszeiten beispiellos sind und zeigen, was möglich ist, wenn der Wille zum Handeln vorhanden ist: die unumstrittene Umschichtung von Budgets, die Mobilisierung und Umverteilung von Geldern, die rasche Ausweitung der sozialen Sicherheitsnetze und die Bereitstellung von Wohnmöglichkeiten.

Gleichzeitig müssen wir uns der problematischen autoritären Tendenzen bewusst sein, die auf dem Vormarsch sind, wie Massenüberwachung und Technologien, die in die Privatsphäre eingreifen, Abschottung der Grenzen, Einschränkungen des Versammlungsrechts und der Missbrauch der Krise durch Katastrophen-Kapitalismus. Wir müssen uns entschieden gegen solche Dynamiken wehren, dürfen es aber nicht dabei belassen. Wir schlagen vor, auf den Lehren der Vergangenheit

und der Fülle sozialer und solidarischer Initiativen aufzubauen, die in den letzten Monaten weltweit entstanden sind. Leiten wir den Übergang zu einer radikal anderen Art von Gesellschaft ein, anstatt verzweifelt zu versuchen, die zerstörerische Wachstumsmaschine wieder zum Laufen zu bringen. Anders als nach der Finanzkrise von 2008 sollten wir die Menschen und den Planeten schützen, anstatt die Konzerne zu sanieren, und die Krise mit Maßnahmen der Suffizienz, statt mit Austerität überwinden.

Wir, die Unterzeichner*innen dieses Briefes, legen daher fünf Prinzipien für die Erneuerung der Wirtschaft und als Grundlage für die Schaffung einer gerechteren Gesellschaft vor. Eine Wirtschaft zum Wohle aller muss in den folgenden Prinzipien wurzeln:

1) Das Leben ins Zentrum unserer Wirtschaftssysteme stellen.

Anstelle von Wirtschaftswachstum und Überproduktion müssen wir das Leben und das Wohlbefinden in den Mittelpunkt unserer wirtschaftlichen Aktivitäten rücken. Während einige Sektoren der Wirtschaft, wie Fossil-, Militär- und Werbeindustrie so schnell wie möglich reduziert werden müssen, sind andere, wie Gesundheitsfürsorge, Bildung, erneuerbare Energien und ökologische Landwirtschaft zu stärken.

2) Radikal neu bewerten, wie viel und welche Arbeit für ein gutes Leben für alle notwendig ist.

Wir müssen mehr Wert auf Sorgearbeit legen und die Berufe, die sich in der Krise als wesentlich erwiesen haben, angemessen wertschätzen. Beschäftigte aus schädlichen Industrien brauchen Zugang zu Schulungen für neue Beschäftigungen in sozial und ökologisch sinnvollen Bereichen, um einen gerechten Übergang zu gewährleisten. Insgesamt müssen wir die gesellschaftliche Arbeitszeit reduzieren und neue Systeme zur Arbeitsteilung einführen.

3) Die Gesellschaft rund um die Bereitstellung essenzieller Güter und Dienstleistungen organisieren.

Während wir verschwenderischen Konsum und unnötige Reisen reduzieren müssen, gilt es, die menschlichen Grundbedürfnisse, wie das Recht auf Nahrung, Unterkunft und Bildung, durch universelle Grundversorgung oder bedingungslose Grundeinkommen für alle zu garantieren. Zudem müssen Mindest- und ein Höchsteinkommen demokratisch definiert und eingeführt werden.

4) Die Gesellschaft demokratisieren.

Allen Menschen muss es ermöglicht werden, an den Entscheidungen mitzuwirken, die ihr Leben beeinflussen. Dies bedeutet insbesondere mehr Teilhabe für marginalisierte Gruppen der Gesellschaft sowie die Einbeziehung feministischer Prinzipien in Politik und Wirtschaft. Die Macht der globalen Konzerne und des Finanzsektors muss durch demokratische Eigentümer*innenschaft und Kontrolle drastisch reduziert werden. Die grundlegenden Sektoren wie Energie, Ernährung, Wohnen, Gesundheit und Bildung müssen dem Zugriff von Markt und Finanzwelt entzogen werden. Wirtschaftliche Aktivitäten, die auf Zusammenarbeit beruhen, zum Beispiel Arbeiter*innengensenschaften, müssen gefördert werden.

5) Politische und wirtschaftliche Systeme auf dem Prinzip der Solidarität aufbauen.

Umverteilung und Gerechtigkeit – transnational, intersektional und intergenerationell – müssen die Grundlage für die Vereinbarung zwischen heutigen und zukünftigen Generationen, sozialen Gruppen innerhalb von Ländern sowie zwischen Ländern des Globalen Südens und des Globalen Nordens sein. Insbesondere der Globale Norden muss gegenwärtige Formen der Ausbeutung beenden und Wiedergutmachung für frühere Ausbeutung leisten. Klimagerechtigkeit muss das Leitprinzip einer raschen sozial-ökologischen Transformation sein.

Solange unser Wirtschaftssystem von Wachstum abhängig ist, wird eine Rezession immer verheerend sein. Was die Welt stattdessen braucht, ist Degrowth – eine demokratisch geplante und lokal angepasste, nachhaltige und gerechte Reduktion der Wirtschaft, was zu einer Zukunft führt, in der wir mit weniger besser leben können. Die gegenwärtige Krise ist für viele brutal und trifft die Schwächsten am härtesten, aber sie gibt uns auch die Gelegenheit, zu reflektieren und neue Wege einzuschlagen. Degrowth hat sich als Bewegung und Konzept seit mehr als einem Jahrzehnt mit diesen Fragen beschäftigt und bietet ein stabiles Fundament für eine Umgestaltung der Gesellschaft auf der Grundlage von Werten wie Nachhaltigkeit, Solidarität, Gerechtigkeit, Konvivialität, direkter Demokratie und Zufriedenheit.

Führen wir diese Debatten gemeinsam, um neue Wurzeln für unsere Gesellschaft zu schlagen und tauschen wir unsere Ideen bei der Degrowth-Vienna-Konferenz 2020 und beim globalen Degrowth-Tag am 6. Juni aus. Suchen wir gemeinsam einen bewussten und emanzipatorischen Ausweg aus unserer Wachstumsabhängigkeit!

In Solidarität,

Die Arbeitsgruppe „Degrowth: New Roots“: Nathan Barlow, Ekaterina Chertkovskaya, Manuel Grebenjak, Vincent Liegey, François Schneider, Tone Smith, Sam Bliss, Constanza Hepp, Max Hollweg, Christian Kerschner, Andro Rilović, Pierre Smith Khanna

Dieser Brief ist das Ergebnis eines kollaborativen Prozesses innerhalb des internationalen Degrowth-Netzwerks. Es wurde von mehr als 1.100 Experten und mehr als 70 Organisationen aus mehr als 60 Ländern unterzeichnet.